

Protokollerklärung des Freistaates Sachsen

von

Staatsministerin Petra Köpping

zur

Entschließung des Bundesrates zur strafrechtlichen Ahndung extremistischer Kennzeichen
im schulischen Bereich (§ 86a StGB)

BR-Drs.: 39/26

zu **Punkt 15** der 1062. Plenarsitzung des Bundesrates am 6. März 2026

Der Freistaat Sachsen gibt folgende Erklärung zu Protokoll:

Der Freistaat Sachsen teilt das Ziel der Entschließung, die Verbreitung extremistischer Kennzeichen in Schulen zu unterbinden. Er nimmt mit Besorgnis die Zunahme insbesondere rechtsextremistisch motivierter Vorfälle an Schulen zur Kenntnis. Beobachtet wird insgesamt eine zunehmende Normalisierung der Verwendung extremistischer Symbole und Kennzeichen. Pädagogische Maßnahmen zur Prävention extremistischer Tendenzen sowie zur Vermittlung rechtsstaatlicher Werte sind der zentrale Baustein, um extremistische Tendenzen bei Jugendlichen einzudämmen. Pädagogische und schulrechtliche Maßnahmen müssen weiter gefördert und intensiviert werden. Da diese jedoch in Einzelfällen an Grenzen stoßen, sollten unter anderem prventive Angebote der Polizei und der Justiz sowie weiterer Akteure verstärkt genutzt werden, um die Handlungsfähigkeit der Lehrkräfte an Schulen zu erhöhen und zu unterstützen.